

# Liechtensteiner Volksblatt

AZ - FL-9494 Schaan, Mittwoch, 3. Juli 1974

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

107. Jahrgang/Nr. 95

## Erste Lesung des Gemeindegesetzes im Landtag

### Verabschiedung von zwei Gesetzesvorlagen in der Vormittagssitzung von gestern

In seiner öffentlichen Sitzung von gestern Dienstagvormittag, die pünktlich um 9 Uhr begann, verabschiedete der Landtag das Gesetz über das Strafregister und die Tilgung gesetzlicher Verurteilungen, sowie das Gesetz über die staatlichen Fortbildungsbeihilfen, welches eine Erhöhung der Stipendiensätze bringt. Bis zur Mittagspause um ca. 11.30 Uhr konnte ausserdem das neue Gemeindegesetz in erster Lesung teilweise durchberaten werden.

#### Lebhafte Debatte beim Gemeindegesetz

Angesichts der Tatsache, dass die Vorlage für das neue Gemeindegesetz in erster Lesung noch vom alten Parlament durchberaten wurde und in der Zwischenzeit wesentliche Änderungen erfahren hatte, schlug Landtagspräsident Dr. Gerard Batliner dem Plenum vor, das Gesetz noch einmal einer ersten Lesung zu unterziehen. Die Abgeordneten folgten diesem Vorschlag des Präsidenten. Die eigentliche Debatte wurde sodann von

#### Kommissionspräsident Josef Frommelt (FBP)

eingeleitet, der u. a. folgendes wörtlich ausführte:

«Wie im vorliegenden Bericht festgehalten ist, hat die Kommission zur Beratung des Gemeindegesetzes die Frage der Einführung des Proporz bei Gemeindevahlen zum Kernpunkt ihrer Beratungen gemacht.

#### Es gibt kein vollkommenes Gesetz

Bestimmend für den Entschluss der Kommission, diesen Wahlmodus für die Wahl des Gemeinderates zu befürworten, war der klare Volkseinscheid bei der Abstimmung über das Wahlsystem auf Landesebene. Es ist mir klar, dass jeder Wahlmodus seine Vor- und Nachteile hat und dass ein absolut vollkommenes Gesetz eine Utopie ist. Daraus folgt, dass auch über diesen Gesetzesentwurf die Meinungen verschieden sein dürften. In einer Demokratie soll ja durch die Konfrontation

#### Der «Fall Küng»

20 000 Unterschriften für rechtsstaatlichen Prozess

(sda) Die «Aktion für Menschenrechte in der Kirche» hat der in Einsiedeln tagenden Schweizerischen Bischofskonferenz einen Brief mit mehr als 20 000 Unterschriften überreicht. Die Aktion bittet die Bischöfe, bei der Glaubenskongregation in Rom zu intervenieren, damit im Lehrverfahren gegen den Schweizer Theologen Hans Küng diesem alle Rechte einer rechtsstaatlichen Prozessordnung zugestanden werden.

der verschiedenen Meinungen und Argumente die bestmögliche Lösung gesucht werden.

#### Gerechtigkeit an erster Stelle

Meine ganz persönliche Ansicht ist, dass in jedem Gesetz die Gerechtigkeit für alle Betroffenen an erster Stelle stehen muss. Da ich im Proporzsystem einen Fortschritt, was die demokratische Gerechtigkeit betrifft, sehe, ist es für mich die konsequente Folgerung, dieses zu befürworten.

#### Bürger- und Gemeindevermögen

Im übrigen habe ich dem Kommissionsbericht nichts beizufügen, da alle wesentlichen Änderungen und Ergänzungen darin erwähnt sind. Ich möchte lediglich darauf hinweisen, dass der Fragenkomplex des Bürger- und Gemeindevermögens bzw. -nutzens nicht vergessen wurde, sondern dass auf eine Neuregelung vorläufig verzichtet wurde, weil die Probleme zu vielschichtig sind, als dass in nützlicher Frist eine befriedigende Lösung gefunden werden hätte können. Es könnte dies eine Arbeit einer juristischen Fakultät darstellen.

Ich möchte es nicht unterlassen, allen Kommissionsmitgliedern meinen herzlichsten Dank für ihre gewissenhafte und rege Mitarbeit, durch die sie mir als Neuling in diesem Gremium die Arbeit sehr erleichtert haben, auszusprechen.»

In der anschliessenden, ersten Lesung ergriffen fast alle Abgeordneten zu dieser oder jener Frage das Wort. Im Mittelpunkt stand die Frage des Wahlsystems für die Gemeinderäte und den Vorsteher. Während sich Abgeordnete aus beiden Fraktionen mehrheitlich für das Proporzsystem einsetzten, gab es auch kritische Stimmen dagegen, so namentlich vom Schaaner Abgeordneten Noldi Frommelt. Anlass zu verschiedenen Voten gab auch der Vaduzer FBP-Abgeordnete und Bürgermeister Hilmar Ospelt im Zusammenhang mit der Neufestsetzung der Zahl der Gemeinderäte.

Für die parlamentarische Kommission sprachen Josef Frommelt und auch Cyrill Büchel. Beide Parlamentarier zeigten sich mit der Materie sehr vertraut. Kommissionspräsident Josef Frommelt fiel ausserdem als sehr beweglicher und toleranter Diskussionspartner



auf, wenn immer er zur Sache das Wort ergriff.

Wir werden über die Debatte zum neuen Gemeindegesetz in unserer Donnerstagsausgabe ausführlich berichten.

Folgende Abgeordnete nahmen an der Vormittagssitzung teil: Präsident Dr. Gerard Batliner, Xaver

Biedermann (Schellenberg), Josef Frommelt (Triesen), Noldi Frommelt (Schaan), Anton Gerner (Eschen), Gerold Hilbe (Triesenberg), Hilmar Ospelt (Vaduz) und Emanuel Vogt (Balzers) für die Fraktion der FBP, sowie die Herren Dr. Franz Beck (Schaan), Johann Beck (Triesenberg), Cyrill Büchel

(Gamprin), Werner Gstöhl (Eschen), Adolf Heeb (Vaduz), Herbert Kindle (Triesen) und Hans Oehri (Schellenberg) für die Fraktion der Vaterländischen Union.

Unsere Aufnahme aus der öffentlichen Landtagssitzung von gestern Dienstagvormittag zeigt den FBP-Abgeordneten Josef Frommelt während seiner Berichterstattung über die Kommissionsarbeit zum neuen Gemeindegesetz. (Bild: X. Jehle)

## Die aktuelle Frage

### Ist die Bürgerversammlung «die Urform der Demokratie»?

Bei der Beratung des neuen Gemeindegesetzes in der gestrigen Landtagssitzung warnte der Abgeordnete Herbert Kindle — unterstützt vom Abgeordneten Emanuel Vogt — davor, dass man dem Gemeinderat im Artikel 30bis die Möglichkeit geben will, statt in gewissen Fällen einer Bürgerversammlung eine Urnenabstimmung durchzuführen. Er befürchtete, dass man dem Bürger damit ein weiteres demokratisches Grundrecht beschneide und verglich die Bürgerversammlung mit der in einigen Schweizer Kantonen noch bekannten Institution der Landsgemeinde, die der Abgeordnete Kindle als «die Urform der Demokratie» bezeichnete. Ist aber die Landsgemeinde und damit auch die Bürgerversammlung «die Urform der Demokratie»? Auf den ersten Blick mag es unzweifelhaft erscheinen, dass die Versammlung der verantwortlichen Bürger einer Gemeinde die Idealform der demokratischen Entscheidungsfindung darstellt. Immerhin ist aber gerade im Hinblick auf den Vergleich mit der schweizerischen Landsgemeinde festzustellen, dass diese Institution neben dem fehlenden Frauenstimmrecht und den religiösen Ausnahmeartikeln in der Bundesverfassung vor einigen Jahren ein Hinderungsgrund für die Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention durch die Schweiz war. Dies deshalb, weil die Landsgemeinde keine geheimen Abstimmungen vorsieht und ihre Entscheidungen durch ein öffentliches Handmehr fällt. In Konkurrenz zu den — ausser dem Frauenstimmrecht — sicher auch in Liechtenstein anerkannten Grundsätzen der Menschenrechtskonvention des Europarates ist es also zumindest gefährlich, mit Einrichtungen zu argumentieren, die diesen Grundsätzen widersprechen und nur scheinbar demokratisch sind.

## Landtag: Gedenkminute für Dr. Walter Hildebrand

Zu Beginn der öffentlichen Landtagssitzung von gestern Dienstag gedachte die liechtensteinische Volksvertretung in einer Gedenkminute des ermordeten Obergerichtspräsidenten Dr. Walter Hildebrand, den Landtagspräsident Dr. Gerard Batliner mit folgenden Worten würdigte:

«Am 20. Juni 1974 hat unser Land eine hervorragende Richterpersönlichkeit, Herrn Dr. Walter Hildebrand, während der Ausübung seiner Richtertätigkeit unter tragischen Umständen verloren. Herr Dr. Hildebrand, Kantonsrichter in St. Gallen, war von 1965 bis 1969 Vizepräsident des Liechtenstei-

nischen Kriminalgerichtes und seit 1969 Präsident des liechtensteinischen Obergerichtes. Er war ein Richter von ausserordentlicher Begabung, von hohem Ethos und Gerechtigkeitsempfinden und von grossen menschlichen Qualitäten. Darüberhinaus war er unserem Lande als Freund verbunden. Wir danken dem Verstorbenen für seine hingebende Richtertätigkeit und für seine Freundschaft. Erschüttert über seinen Tod sprechen wir seiner Gattin und seinen vier Kindern unser herzlichstes Beileid aus. Möge Gott Walter Hildebrand in die ewigen Seligkeiten aufnehmen. Ich bitte Sie, sich im Gedenken

an unseren Verstorbenen zu erheben. Auch möchte ich der Freude Ausdruck geben, dass Herr Dr. Ernst Büchel, Mitglied unseres Landtags, der am 20. Juni 1974 verletzt wurde, wieder aus dem Spital entlassen ist. Wir wünschen ihm eine gute Genesung.»

#### Gute Wünsche für Dr. Büchel

Nach der Gedenkminute für Dr. Hildebrand wünschte der Landtagspräsident dem FBP-Abgeordneten Dr. Ernst Büchel, der beim Anschlag auf Dr. Hildebrand verletzt wurde, alles Gute.

**UNSERE BANK ALLE**  
DIE BANK FÜR ALLE  
Verwaltungs- und Privat-Bank  
Aktiengesellschaft  
9490 Vaduz

Marxer Anton  
Büromaschinen und  
Büromöbel  
Grünaustrasse 25  
9470 Buchs  
Tel. 085/633 10  
Büroorganisation  
**BÜRO MARXER**